

Inhaltsverzeichnis

1 Prolog in Berlin	7
2 Symbole	11
Weimar und Potsdam	11
Politische Kultur und der Kampf um die Symbole der Republik	13
3 Sinnstiftung	26
Konservative Revolutionäre und Linksintellektuelle	26
Wissenschaften und Universitäten	54
Schulen und Volkshochschulen	73
Kirchen und Religion	76
4 Populärkultur	84
Amerikanismus und Massenkultur	84
Presse und Rundfunk	89
Stumm- und Tonfilm	97
Amüsement und Konsum	105
5 Lebensweisen	111
Die neue Frau – und eine neue Sexualität?	111
Angestellte, Bauern und Arbeiter	116
Turnen und Sport	121
Neues und traditionelles Bauen und Wohnen	124

6 Kunst	131
Literatur und Reportage	131
Theater und Theaterkritik	140
Bildende Kunst und Musik	147
7 Epilog in Potsdam	154
8 Anhang	160
Anmerkungen	160
Auswahlbibliografie	177
Register	183
Der Autor	189

1 Prolog in Berlin



In den 1920er Jahren war der Potsdamer Platz einer der verkehrsreichsten Europas, ein würdiger Knotenpunkt der sich rasend wandelnden Metropole Berlin.

Berlin in den Zwanzigern: Drängelnde Menschen eiligen Schrittes, hupende Automobile, gleißend helle Reklametafeln, überfüllte Trambahnwagen der »Elektrischen«, Straßencafés voll mit Zeitungslesern, androgyne »Sportgirls« auf dem Boulevard, Zeitungsjungen mit neuesten Sensationen, Plakate für Boxabende und Tiller-Girls, Bars mit Jazzklängen, Kinopaläste, Künstler und Bohémiens im prachtvollen Romanischen Café und die Runde aus linken und rechten Intellektuellen beim Verleger Ernst Rowohlt. Diese Szenerie fasziniert bis heute, immer wieder haben sich Künstler und Musiker auf die Suche nach den »Roaring Twenties« nach Berlin begeben: So David Bowie, der in den Siebzigern nach Berlin zog, oder die irische Band U2, die sich vom Weimarer Berlin für ihre Alben *Achtung Baby* und *Zoo-rope* inspirieren ließ. Auch wenn die historische Forschung ihre

Relativierungen und Korrekturen an der Zentralisierung der Weimarer Kultur in der Hauptstadt angebracht hat, und wenn die Schwabinger Bohème in München noch vor Berlin die kulturelle Moderne einläutete, so war Berlin – damals mit mehr als vier Millionen Einwohnern die drittgrößte Stadt der Welt – als Kino-, Theater-, Zeitungs- und Sportstadt auch schon aus der Sicht der Zeitgenossen *die* kulturelle Kapitale der Zwischenkriegszeit. Nach all der föderalen Fürstenherrlichkeit könnte man sagen: endlich.

Dieses leuchtende Bild des kulturell lebhaften Berlins ist nicht falsch, aber doch ergänzungsbedürftig. Denn in Berlin und andernorts hatte man in jener Zeit auch genügend Bekanntschaft mit der politischen Gewalt, dem Hunger, der Inflation, der nur unzureichend sozialstaatlich aufgefangenen Arbeitslosigkeit und der politisch-sozialen Krise gemacht. Und das urbane Leben, die moderne Massengesellschaft erzeugten auch Angst und Eskapismus in die imaginäre Welt des Mittelalters oder die reale Welt des Landes, die Provinz. Der endgültige Durchbruch der kulturellen und nun auch politischen Moderne bedeutete eben zugleich die Zeit ihrer Erschütterung. *Krisenjahre der Klassischen Moderne*¹ hat Detlef J. K. Peukert daher auch seinen Band über die Weimarer Republik genannt, wobei äußere und innere Faktoren zu dieser Krise beitragen – das heißt, dass Rahmenbedingungen wie Revolution, Bürgerkrieg, Grenzkämpfe, Rheinlandbesetzung, Versailler Vertrag, Ruhrkampf, Inflation, Koalitionsbrüche, Weltwirtschaftskrise, Hunger, Arbeitslosigkeit und politische Gewalt die kulturellen Entwürfe bestimmten. Diese in Europa außergewöhnliche Häufung von Krisenherden rief ein Zuviel an Diagnosen und Heilserwartungen hervor und ein Zuwenig an praktikablen, nicht-utopischen Ideen zur Problemlösung. Das alles lässt diese Epoche so fragil und ambivalent erscheinen, nicht nur wegen ihres Endes 1933.

Jede Kulturgeschichte der Weimarer Republik, zumal eine solche, die mit wenig Raum auskommen muss, setzt unweigerlich Schwerpunkte, besitzt Fluchtpunkte der Analyse, spitzt the-

matisch zu. Drei solcher konzeptionellen Perspektiven bilden das Fundament dieses Buches und unterscheiden es von den gar nicht üppig gesäten Vorgängerprojekten einer Zusammenschau der Kultur von Weimar. Zum einen soll die Kultur nicht vom Ende der Weimarer Republik aus – von ihrer Auflösung her – in Augenschein genommen werden. Zu groß wäre die Gefahr, nachträglich Kontinuitäten herzustellen, der Erkenntnisgewinn fiel umso schmäler aus. Stattdessen werden die kulturellen Phänomene in ihrem Entstehungszusammenhang um die Jahrhundertwende und in jenem Bedingungsgeflecht beleuchtet, das durch den Ersten Weltkrieg, den Versailler Vertrag und die ökonomisch-politischen Doppelkrisen gekennzeichnet ist. Das Eigengewicht etwa von Wissenschaft, Kunst und Freizeitgestaltung soll dabei angemessen berücksichtigt werden. Damit kommt der zweite Punkt ins Spiel: Auch die Sozialgeschichte der Ideen und der Kultur wird Beachtung finden. Konkret: Wie war es überhaupt um die Reichweite der heute noch so präsenten »Intellektuellengötter« (Friedrich Wilhelm Graf) bestellt? Welche Autoren und Filme waren populär? Wer ging ins Kino, konnte sich den Besuch überhaupt leisten? Antworten auf diese und ähnliche Fragen werden in die Darstellung immer wieder eingebunden, ohne Vollständigkeit anzustreben, was beim derzeitigen Forschungsstand und bei den großen Problemen, mit denen sich die historische Medienwirkungsforschung konfrontiert sieht, auch gar nicht möglich ist.

Den dritten Ausgangspunkt markiert die Frage nach der tatsächlichen und wahrgenommenen Amerikanisierung der deutschen Kultur (was bisweilen auseinanderfällt). Dafür spricht, dass die zeitgenössische Debatte um den so genannten »Amerikanismus« allenthalben eine hohe Intensität besaß. Die Gegner und Fürsprecher dieser Entwicklung fanden immer neue Turnierplätze – Sport, Großstadt, Neue Sachlichkeit in allen Künsten, Groschenhefte, Kino, Werbung, Konsum, Geschlechterrollen –, auf denen der Kampf um den Import amerikanischer Massenkultur ausgetragen wurde. Für diese Schwerpunktset-

zung spricht auch die Forschungslage: In jüngster Vergangenheit wurden zahlreiche Konferenzen und Projekte zum Stichwort »Amerikanisierung« aufgelegt.

Diese Perspektiven des Bandes profitieren auch von Anregungen, die aus der Diskussion um die »neue Kulturgeschichte« in den letzten Jahren hervorgegangen sind. Ihr geht es um Sinn-Konstruktionen und Wahrnehmungsweisen, Rituale und Symbole, Performanz und Visualisierung, Geschlecht und Körperlichkeit. Die neuen Sichtweisen auf oft traditionelle Gegenstände können und sollen in diesem Rahmen nicht durchgängig verfolgt, bei Bedarf aber immer eingesetzt werden. Gerade ein Blick auf die Festkultur und Symbolisierung der Weimarer Republik hilft, die fehlende Attraktivität der Republik zu verstehen. Zugrunde gelegt wird hier jedenfalls ein weiter Kulturbegriff, der sich nicht auf die aufeinander folgenden Phasen der Hochkultur – Expressionismus, Neue Sachlichkeit, Polarisierung – beschränkt, sondern auch die Alltagskultur und die politische Kultur jener Zeit in den Blick nimmt. Wie haben die Menschen gelebt, wie haben sie sich zueinander verhalten, was waren Neuerungen in ihrem Leben, was haben sie von der Politik erwartet, was von dem neuen Staat gehalten?

Die Kultur steht immer in einem Spannungs-, oftmals auch Oppositionsverhältnis zur Politik und wird damit selbst politisch, bisweilen bewusst politisiert. Gerade für die Weimarer Zeit ist dieses prekäre Verhältnis fast immer präsent. Der Autor will bei der Schilderung dieses Verhältnisses aber keine wohlfeilen Zensuren verteilen, sondern die Denkhorizonte, die Erfahrungsräume und Erwartungshorizonte (Reinhart Koselleck) der »Weimarianer« erhellen.

2 Symbole



Nach dem Attentat auf Walther Rathenau gingen im Juli 1922 an vielen Orten die Menschen mit der schwarz-rot-goldenen Flagge auf die Straße – dem Symbol der Republik.

Weimar und Potsdam

Genau genommen hat die erste deutsche Republik mit der Stadt Weimar nicht allzu viel zu tun. Hier wurde am 6. Februar 1919, also lange nachdem der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann am 9. November 1918 in Berlin die Republik ausgerufen hatte, die Nationalversammlung als verfassunggebendes Gremium eröffnet. Das politische und kulturelle Zentrum der Republik war jedoch Berlin, dorthin wurde das Plenum später auch verlegt. Dass die Nationalversammlung zunächst in Weimar zusammentrat, war jedoch ein dezidiert politisches Bekenntnis, und so wollte es Reichspräsident Friedrich Ebert auch verstanden wissen. Denn die Stadt Goethes stand weltweit für die Weimarer Klassik, ja für die deutsche Kultur und das gute Deutschland insgesamt. Von differenziert argumentierenden Alliierten, aber auch von deutschen Kritikern des Obrigkeitsstaates selbst,

wurde dem Deutschland Weimars dasjenige von Potsdam als Staat des Militarismus gegenübergestellt. Diese Zwei-Deutschland-Theorie war also normativ aufgeladen – je nach Herkunft wollte man sich selbst zu Weimar bekennen oder den preußisch-militaristischen Geist von Potsdam aus Deutschland vertreiben. Die Theorie zirkulierte nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges in den mannigfaltigsten Ausprägungen in der westlichen Welt.¹ Dass man dann überhaupt außerhalb der Hauptstadt tagte, lag freilich ganz profan an der prekären Sicherheitslage im von Revolution und Revolten bedrohten Berlin. Das Ausweichen hierhin – ins Nationaltheater in Weimar – war hingegen ein deutliches Signal an die Welt, vor allem natürlich an die in Paris beratenden Siegermächte. Mit der Ortswahl war jedoch noch nicht ausgemacht, wie das neue politische Gebilde nun heißen würde. Sollte man es in bewusster Kontinuität zum Kaiserreich »Deutsches Reich« nennen oder in Betonung eines Neuanfangs »Deutsche Republik« – Scheidemann hatte diese ja am 9. November ausgerufen, zwei Stunden vor Karl Liebknechts Proklamation der »freien sozialistischen Republik Deutschlands«? Alle bürgerlichen Parteien waren schließlich für die Fortführung des Namens »Deutsches Reich«, und so war die Verfassung denn auch mit »Verfassung des Deutschen Reiches« überschrieben. In ihrem Text tauchte der Begriff »Republik« oft auf und trat somit zum »Reich« hinzu. In der Sprachpraxis war die Benennung der ersten deutschen Demokratie zunächst uneinheitlich; wie beim Flaggenstreit (siehe nächstes Kapitel) zeigte sich hier die innere Zerrissenheit der Republik. Die Sozialdemokraten sprachen von »Deutscher Republik«, zunehmend auch die Katholiken und die Liberalen, die zunächst vom »Deutschen Volksstaat« oder »Deutschen Reich« geredet hatten. Der Begriff »Deutsche Republik« fand sich auch auf der Rechten, daneben »Deutsches Reich« in Anführungszeichen oder schlicht »Republik«. Dezidiert polemisch waren die Ausdrücke der Kommunisten: »Ebert-« oder »Hindenburg-Republik«, »Geldsack-«, »Ausbeuter-« oder »sogenannte Republik« machten ihre Haltung deutlich.

Ende der zwanziger Jahre wurde der Ort der Nationalversammlung mit ihrem Grundsatzwerk identifiziert, also von »Weimarer Verfassung« oder »Weimarer Demokratie« gesprochen. Genaue Untersuchungen zum Aufkommen der Wendung »Weimarer Republik« fehlen noch. Adolf Hitler hat sie 1929 benutzt, dann aber lieber von »System« gesprochen. 1929 tauchte sie auch in der konservativen *Neuen Preußischen Zeitung* und in der kommunistischen *Roten Fahne* auf, später in der liberalen *Vossischen Zeitung*. Durchgesetzt hat sich der Name dann bei den Exilanten, die damit zum Ausdruck bringen wollten, dass nicht die Idee einer deutschen Republik, sondern nur die spezifische »Weimarer« Republik gescheitert sei. Auch hier schwang also noch der abwertende Beiklang mit. Erst in der zweiten Nachkriegszeit setzte sich der heute geläufige Name endgültig durch.²

Politische Kultur und der Kampf um die Symbole der Republik

Den Begriff »politische Kultur« gibt es schon seit dem 18. Jahrhundert; er ist Teil unserer Alltagssprache geworden und wird meist im Zusammenhang mit Abweichungen vom politisch Schicklichen als normative Vorstellung verwendet. So wird etwa ein »Mangel an politischer Kultur« konstatiert; umgekehrt heißt es, es gehöre doch zur »politischen Kultur« – oder gar zur »politischen Hygiene« –, dass dies oder jenes getan oder unterlassen werde. In der Politikwissenschaft ist der Begriff präziser gefasst: Er bezeichnet eine vorpolitische Kategorie jenseits der Tagespolitik, eine kollektive Vorstellung davon, was die Politik leisten soll und sein kann. Die politische Kultur richtet also Erwartungshaltungen an die Politik und das politische System. Werden Teile der politischen Kultur fragwürdig und umstritten, so werden sie aus der Sphäre der Selbstverständlichkeit auf die Ebene des expliziten Streits gehoben. Karl Rohe hat diese beiden Ebenen mit den Begriffen von Sozio- und Deutungskultur beschrieben.³

Die Weimarer politische Kultur war von einer extremen Fragmentierung gekennzeichnet. Ihre Teilkulturen wurzelten in den sozial-moralischen Milieus des Kaiserreichs, fächerten sich dann aber weiter auf. Im Kaiserreich gab es das höfisch-aristokratische, das bürgerlich-liberale, das katholisch-kleinbürgerlich-bäuerliche und das sozialdemokratisch-proletarische Milieu. Das liberale Milieu differenzierte sich zudem in Bildungs- und Besitzbürgertum sowie national- und linksliberal. In der Weimarer Zeit spaltete sich vom sozialdemokratischen Milieu das kommunistische ab. Es ging hier nicht nur um ein anderes Wahlverhalten oder eine andere Parteizugehörigkeit, sondern das Vereinsleben doppelte sich. Was das Bürgertum betrifft, kann man von einem alten und einem neuen Mittelstand sprechen, in Gestalt von Handwerkern einerseits, Angestellten und kleinen Beamten andererseits. Politisch erstreckte sich das Bürgertum von nationalprotestantischen Konservativen und teilweise neureligiösen Völkischen über rechtsliberale Industrielle bis zu linksliberalen Bildungsbürgern. Selbst der geschlossene katholische »Zentrumsturm« war unterschiedlich besetzt: Er reichte von sozialkatholischen Gewerkschaftern bis zu autoritären Konservativen.

Was mit politischer Kultur konkret gemeint ist, wird am Flaggenstreit und an der Auseinandersetzung um den Verfassungstag der Republik deutlich. Die Nationalflagge gehört wie der Nationalfeiertag gewöhnlich zum integrativen, ruhenden Teil der politischen Kultur – wie in den USA oder in Frankreich. Deren eigentliche Bedeutungen werden zwar oft nur noch teilweise verstanden, ihre Symbolgehalte bleiben aber durch die Allgegenwart der Fahne und die alljährlich wiederkehrenden Nationaltage präsent. In der ersten deutschen Republik kam es dagegen zu einem erbitterten Streit um die Nationalflagge und den Nationalfeiertag. Durch die Niederlage und die Flucht des Kaisers in die Niederlande im November 1918 war das deutsche Kaiserreich mit seinen Farben Schwarz-Weiß-Rot diskreditiert worden, der Kaisergeburtstag kam als nationaler Festtag also nicht mehr in Betracht. Gleichwohl konnte man an den 18. Januar,

der im Kaiserreich hinter Kaisergeburtstag und Sedantag (in Erinnerung an den Sieg über das französische Haupttheer am 2. September 1870) zurückgetreten war, als Tag der Gründung des zweiten deutschen Reiches anknüpfen, da Deutschland seinen Reichstitel weiterführte, nur jetzt unter republikanischen Vorzeichen. Um letzteres stärker hervorzuheben, favorisierten die Liberalen und Demokraten dagegen den 11. August (1919) als Tag der Unterzeichnung und Verkündung der neuen Verfassung. Die Linke wollte jedoch den 1. Mai als Tag der Arbeit und den 9. November als Revolutionstag zum Nationalfeiertag erheben. Über die Auswahl eines Tages konnte man sich angesichts dieser unterschiedlichen Vorstellungen in der verfassungsgebenden Nationalversammlung nicht einigen. Der 1. Mai wurde nur für ein Jahr (1919) als gesetzlicher Feiertag eingeführt, danach allerdings in einigen Reichsländern ebenso wie der 9. November weiterhin gefeiert. Die Einführung des 11. August scheiterte auch später immer wieder, insgesamt gab es mehr als ein halbes Dutzend Anläufe zur gesetzlichen Regelung, die entweder an den Mehrheitsverhältnissen im Reichstag oder an den auf ihre Vorrechte pochenden Ländern im Reichsrat scheiterten. Tatsächlich war es verfassungsrechtlich nicht eindeutig geklärt, ob das Reich über Nationalfeiertage befinden konnte. Die Länder Baden und später Hessen führten beispielsweise den 11. August eigenständig als Feiertag ein. Der Reichsinnenminister behalf sich daher mit administrativen Weisungen an seine Beamten, der Reichspräsident durch Appelle zur Feier.

Trotz fehlender gesetzlicher Grundlage beging man staatlicherseits den 11. August als Verfassungstag mit einer entsprechenden Feier. Zu Beginn der republikanischen Zeit hielt man eine große Feier am Verfassungstag angesichts der prekären politischen und ökonomischen Verhältnisse noch für unangebracht, 1921 hatte man gar Probleme, einen Festredner zu finden. Schließlich sprach Reichskanzler Joseph Wirth vom Zentrum in der Linden-Oper, draußen stand eine Ehrenformation der Reichswehr. Ein Jahr später wurde der 11. August dann

durch die Erhebung des Deutschlandlieds zur Nationalhymne durch den Reichspräsidenten aufgewertet, Festakt und Festrede fanden seither im Reichstag statt. 1923 stand der Tag im Zeichen des Ruhrkampfes; hinzu kam jetzt noch ein Sportfest im Deutschen Stadion. Im Jahr darauf überschattete das Dezennium des Kriegsbeginns den Feiertag, allerdings marschierte hier erstmals der republiktreue Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold auf. 1925 gab es insofern eine neue Konstellation, als nun ein ehemaliger Gegner des Verfassungstages, der DNVP-Innenminister Martin Schiele, den Festtag plante und der neue Reichspräsident Paul von Hindenburg der Zeremonie beiwohnte. In den folgenden Jahren war eine stetige Vergrößerung des Feiertages zu beobachten. So wurden die Feierlichkeiten mit Sportveranstaltungen angereichert, es gab Großkundgebungen und Aufmärsche des Reichsbanners und anderer Verbände, der Rundfunk übertrug. Einen ersten Gipfelpunkt markierte das zehnjährige Verfassungsjubiläum 1929, an dem eine Stadionfeier vor 30 000 Zuschauern abgehalten wurde. Das Vorbild des französischen Nationalfeiertages wurde dadurch aber nicht erreicht, auch weil der Nationalfeiertag als Volksfest nicht medial popularisiert werden konnte. So konzentrierte sich die Ufa-Wochenschau bei ihrem Bericht sehr stark auf den Reichspräsidenten. Und die Reichszentrale für Heimatdienst, eine Vorläuferorganisation der heutigen Bundeszentrale für politische Bildung, publizierte überaus trockene Broschüreliteratur zum Festtag. Trotzdem wurde ein Jahr später, 1930, die vorangegangene Feier noch einmal überboten und erstreckte sich über drei Tage. Anlass dafür war die Rheinlandbefreiung, die vor 50 000 Besuchern von 7 000 Schülern szenisch dargestellt wurde. Damit war der Höhepunkt in der Geschichte der Selbstdarstellung der Republik erreicht. In der Folgezeit verkleinerte man die Feiern wieder, vorgeblich nur aus Kostengründen. Am 11. August 1932 unterließ Reichskanzler Franz von Papen das »Hoch auf die Republik«, und sein Innenminister Wilhelm von Gayl von der DNVP konstatierte das Scheitern der bisherigen Verfassungsfeiern: »Es genügt offen zu

bekennen, daß die Verfassung nicht einigt, sondern trennt.«⁴ Die Veranstaltungen des Reichsbanners sollten zunächst sogar verboten werden und wurden dann nur unter Auflagen genehmigt. Joseph Goebbels notierte über den Ablauf dieses Verfassungstages in sein Tagebuch: »Letzter Verfassungstag. Laßt ihnen die kurze Freude.«⁵ Er sollte Recht behalten.

Die Länder unterstützten oder boykottierten die Feiern je nach politischer Ausrichtung ihrer Regierungen – mal wurden föderalistische Argumente gegen Reichsverordnungen ins Spiel gebracht, mal kam es, wie in Gießen, zum Eklat in der Provinz. In der hessischen Universitätsstadt hatte der Festredner den Wilhelminismus scharf kritisiert, woraufhin die anwesenden Reichswehroffiziere den Saal verließen. Aber nicht nur geographisch, auch sozial-moralisch gab es große Unterschiede bei der Ehrung des Verfassungstages. Jedes Milieu feierte gleichsam seinen eigenen Nationalfeiertag und strich dessen Bedeutung publizistisch heraus. Durchgehend und konsequent gegen den 11. August argumentierten die auflagenstarken Zeitungen der Kommunisten, wie die *Arbeiter-Illustrierte-Zeitung*, und die Kampfpresse der NSDAP. Erstere wandten sich auch gegen den Reichsgründungstag und den »Tag des Verrates« (der Sozialdemokratie), den 9. November, der für die NSDAP wiederum der Schandtag der Novemberverbrecher war. Aus diesem Grund legte man auch den Putschversuch in München auf einen 9. November (1923). Aber auch den Tag der Reichsgründung – den 18. Januar 1871 – sah man auf nationalsozialistischer Seite kritisch; das kleindeutsche Werk Bismarcks galt als unvollendet und nicht entschlossen fortgeführt. Bei den anderen Flügel-Teilkulturen zeigte sich in der Stabilisierungsphase eine Annäherung an den Verfassungstag der Republik, etwa bei den Agrariern und Industriellen. Durchgängig positiv, wenn auch nicht unkritisch, sahen ihn aber nur die Linksliberalen, die Sozialdemokraten und die Mehrzahl der Katholiken, deren Zeitungen sich dementsprechend positiv über die Feierlichkeiten an diesem Tag äußerten, während die äußersten Rechten und Linken Hohn und Spott

über die blassen und wenig frequentierten Veranstaltungen aus-
gossen. Dabei waren bei den offiziellen Feierlichkeiten – ab 1924
in den Schulen und Universitäten und im ganzen Land – wohl
Millionen Bürger auf den Beinen, genau kann man dies ange-
sichts der einander widerstrebenden Berichte heute nicht mehr
feststellen.⁶

Hinsichtlich der Nationalfarben beschloss die Nationalver-
sammlung, an die freiheitlich-nationale Tradition der Befrei-
ungskriege und der gescheiterten bürgerlichen Revolution von
1848 anzuschließen, und bestimmte Schwarz-Rot-Gold zu den
Nationalfarben, die entsprechende Trikolore war also National-
flagge. Allerdings nahm man die Handelsflagge davon aus, die
Schwarz-Weiß-Rot mit den neuen Nationalfarben in der oberen
inneren Ecke vorsah. Dies war ein Kompromiss der Nationalver-
sammlung gewesen, der die Wahl zwischen Rot als Fahne der
Revolution (so der Wunsch der USPD), Schwarz-Rot-Gold als
Fahne der Nation (Befreiungskriege) und der Demokratie (1848)
und Schwarz-Weiß-Rot als Reichsfahne von 1871 (das Reich be-
stand ja fort) oblag. Schwarz-Rot-Gold wurde allerdings schnell
zum abwertenden Symbol der ungeliebten Republik, selbst
»Vernunftrepublikaner« gewöhnten sich nur schwer an diese
Kombination, und nationale Verbände, Parteien und Reichs-
wehreinheiten verwendeten demonstrativ die alten Farben. Die
neuen wurden als »Schwarz-Rot-Gelb«, »Schwarz-Rot-Senf« oder
»Schwarz-Rot-Most« verspottet, bei den Deutschnationalen mit-
unter als Rom (Schwarz), Moskau (Rot) und Jerusalem (Gold) in-
terpretiert. Umgekehrt wurde die Verwendung der neuen Far-
ben zu einem expliziten politischen Bekenntnis zur Republik.
Der 1924 aus Parteien der Weimarer Koalition gegründete Repu-
blikenschutzverband Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold war neben
Stahlhelm, Rote Frontkämpferbund und SA in der Endphase der
Republik quasi Bürgerkriegspartei – was das Scheitern der inte-
grativ gedachten Nationalfarben eindrucksvoll symbolisiert.
Hindenburg folgte dann 1926 dem Wunsch des Reichskanzlers
Hans Luther mit einer Verordnung, die den deutschen Vertretun-